

## **V2 Ein neuer finanzpolitischer Rahmen für Europa**

Gremium: FaFo Wirtschaft, Soziales, Gesundheit  
Beschlussdatum: 24.11.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### **Antragstext**

1 Europa ist im Dauer-Krisenmodus: Während Inflation, Kriege, die Klimakatastrophe  
2 und schwelender Nationalismus unser aller Existenz bedrohen, sind viele  
3 europäische Staaten durch handlungsunwillige Politik und willkürlich  
4 festgesetzte Schuldengrenzen gefesselt. Dazu kommen die bis heute spürbaren  
5 Folgen der Finanz- und Eurokrise sowie der zahlreichen wirtschaftspolitischen  
6 Fehler in den Jahren danach: Anstatt zu investieren, zwang sich die Eurozone zum  
7 Sparen.

8 All diese Krisen sind zu groß, als dass einzelne Länder sie allein angehen  
9 könnten. Sie erfordern zwingend mehr europäische Zusammenarbeit, was nur mit  
10 einer Reform der europäischen Institutionen möglich ist. Nur durch weitere  
11 Integrationsschritte kann die Eurozone monetär und gesamtwirtschaftlich souverän  
12 und zu einer stabilen Währungsunion werden. Die im Folgenden vorgeschlagenen  
13 Maßnahmen sind notwendig, um die zahlreichen aktuellen Herausforderungen zu  
14 bewältigen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und konkrete  
15 Schritte hin zu einem zukünftigen europäischen Bundesstaat zu tun, zu dem sich  
16 auch im Ampel-Koalitionsvertrag bekannt wurde.

### **Der monetären Integration muss eine fiskalische folgen**

18 Die Einführung des Euro war ein politisch beeindruckender und historisch  
19 wichtiger Schritt hin zu mehr Zusammenarbeit. Seine Architektur blieb jedoch  
20 stets unfertig und brachte zahlreiche Probleme mit sich, die sich besonders in  
21 der Eurokrise und der darauf folgenden Austeritätsdekade offenbarten - mitsamt  
22 ihrer fatalen Auswirkungen etwa auf Investitionstätigkeit, öffentliche  
23 Daseinsvorsorge und die zunehmende ökonomische Ungleichheit innerhalb der und  
24 zwischen den Euro-Mitgliedsländern.

### **Ein Haushalt für alle**

26 Eine zentrale Leerstelle ist bei alledem die fehlende fiskalische Integration.  
27 Europa braucht endlich einen richtigen, *gemeinsamen Haushalt*, der einige

28 zentrale staatliche Ausgaben tätigt und mit eigenen Einnahmen deckt. Wo Krisen  
29 in einzelnen Ländern sonst die Staatsfinanzen zwangsläufig einschränken und so  
30 die Erholung erschweren, würde ein gemeinsamer Haushalt stattdessen als  
31 automatischer Stabilisator wirken und bei asymmetrischen (länderspezifischen)  
32 Schocks ein Auseinanderdriften der Staaten verhindern.

33 Dazu wollen wir besonders zyklische Einnahmen und Ausgaben integrieren, d.h.  
34 Ausgaben, die in Krisenzeiten steigen, und Einnahmen, die gleichzeitig fallen.  
35 Auf diese Weise erhalten automatisch diejenigen Länder Nettotransfers aus dem  
36 Haushalt, denen es wirtschaftlich schlechter geht als dem Rest. Auf der  
37 Einnahmenseite bieten sich hier beispielsweise *gemeinsam festgelegte*  
38 *Unternehmens- und Kapitalertragssteuern* an, was zugleich einen schädlichen  
39 Steuerwettbewerb verhindert. Auf der Ausgabenseite braucht es etwa eine  
40 europäische Arbeitslosigkeitsversicherung, die ggf. national aufgestockt und  
41 perspektivisch zu einer *europäischen Jobgarantie* entwickelt werden kann. Die  
42 Europäisierung derartiger Maßnahmen würde zudem die nationalen Arbeitsmärkte  
43 stärker angleichen, um Sozialstaatsabbau und Lohndumping als Wettbewerbspolitik  
44 unmöglich zu machen. Selbstverständlich ersetzt die Stabilisierungsfunktion  
45 eines europäischen Haushalts keineswegs eine aktive antizyklische  
46 Wirtschaftspolitik, die parallel weiterhin erfolgen muss.

47 Ein gemeinsamer Haushalt kann zudem effizient öffentliche Güter auf europäischer  
48 Ebene bereitstellen, bei denen es ein transnationales Trittbrettfahrerproblem  
49 gibt (dies bedeutet, dass Nationalstaaten zu wenig tun, weil sie von den  
50 Anstrengungen anderer profitieren). Wie aktuelle Krisen zeigen, zählen dazu vor  
51 allem Investitionen in den Klimaschutz sowie Ausgaben für die kollektive  
52 Verteidigung. Um dieses Problem zu lösen und um die Entwicklungskonvergenz der  
53 europäischen Staaten zu fördern, fordern wir neben dem europäischen Haushalt  
54 zudem einen *europäischen Transfermechanismus* nach dem Vorbild des deutschen  
55 Länderfinanzausgleichs. Mit diesem können sowohl temporäre als auch strukturelle  
56 Probleme effektiver angegangen und Impulse zur wirtschaftlichen Entwicklung  
57 besonders in gegenwärtig schwachen Regionen geschaffen werden.

### 58 Gemeinsame Währung, gemeinsame Verschuldung

59 Wir als Grüne Jugend fordern zur fiskalpolitischen Integration die Einführung  
60 eines *dauerhaften Instruments zur gemeinsamen Verschuldung* in Form einer grünen  
61 Anleihe.

62 Diese bietet folgende Vorteile

- 63 • Durch eine (explizite oder implizite) Garantie der EZB würde eine solche  
64 Anleihe risikolos sein und als europäisches Safe Asset die Finanzmärkte  
65 stabilisieren.

- 66 • Ein solches Asset erleichtert es der EZB, die Zinskurve in der gesamten  
67 Eurozone zu kontrollieren. Gegenwärtig ist diese Zinssteuerung durch  
68 Spreads (d.h. von Finanzmärkten verursachten, länderspezifischen  
69 Zinsaufschlägen auf nationale Staatsanleihen) gestört.
  
- 70 • Ohne ein Ausfallrisiko wird ein niedrigeres und stabileres Zinsniveau  
71 hergestellt.
  
- 72 • Es entsteht ein Level Playing Field für Unternehmensfinanzierungen, deren  
73 Zinsen sich bisher an denen nationaler Staatsanleihen orientieren.
  
- 74 • Zinskosten, die eine große Belastung für die Haushalte einiger Euro-Länder  
75 darstellen, werden reduziert und stabilisiert, sodass die Staaten mehr  
76 Planungssicherheit und Gestaltungsspielräume haben.

77 Selbstverständlich muss eine kollektive Verschuldung der Eurozone klug gestaltet  
78 werden. So ist unbestreitbar, dass das Teilen einer gemeinsamen Währung  
79 erfordert, *über die Neuschöpfung dieses Geldes gemeinsam zu entscheiden*. Dies  
80 betrifft nicht nur das jährliche Emissionsvolumen und dessen Verteilung auf die  
81 einzelnen Länder sowie den gemeinsamen Haushalt, sondern auch den angestrebten  
82 Zinssatz. Schließlich hat die Vergangenheit gezeigt, dass die "Disziplinierung"  
83 von Staaten durch marktgetriebene Zinsen nicht funktioniert, sodass eine  
84 politische Festsetzung mehr Vor- als Nachteile bringt.

85 Eine autonome Emission nationalstaatlicher Anleihen wäre selbst bei Einführung  
86 einer gemeinsamen Euro-Anleihe weiterhin möglich. Diese würde dann jedoch nicht  
87 der gemeinschaftlichen Haftung unterliegen und müsste sich innerhalb neu  
88 definierter Fiskalregeln bewegen. So können in einem bundesstaatlichen System  
89 zentrale staatliche Aufgaben auf bundesstaatlicher Ebene erfüllt und finanziert  
90 werden, für die alle Staaten gemeinsam haften. Für die separate Verschuldung der  
91 einzelnen Bundesstaaten hingegen haften diese ausschließlich selbst.

### 92 Neue Fiskalregeln für die Übergangszeit

93 Solange keine weitreichende fiskalische Integration erfolgt ist, brauchen wir  
94 bessere Fiskalregeln für nationale Haushaltspolitik. Wir als Grüne Jugend  
95 fordern solche Fiskalregeln, die eine nachhaltige, stabile und soziale  
96 wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

97 Die bisherigen Fiskalregeln beruhen auf willkürlich festgelegten numerischen

98 Grenzwerten sowie “disziplinierenden” Finanzmärkten, die nicht demokratische  
99 legitimiert sind und oft selbst Fehlentwicklungen hervorgerufen haben, anstatt  
100 sie zu verhindern. Reformierte Regeln hingegen müssen

- 101 1. in eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung eingebettet sein, die anhand  
102 qualitativer Standards Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit neuer Verschuldung  
103 evaluiert,
- 104 2. temporäre sowie strukturelle Probleme adressieren, also langfristige  
105 Investitionen genau so wie antizyklische Ausgaben ermöglichen,
- 106 3. demokratisch legitimiert sowie ökonomisch fundiert sein.

107 Es ist eindeutig, dass die aktuelle Position der Bundesregierung hinter den  
108 genannten Kriterien weit zurückbleibt und in der jetzigen Form keine Grundlage  
109 für eine Reform der Fiskalregeln für die Zeit bis zu einem substantiellen  
110 Fortschritt bei der europäischen Integration sein darf.

### 111 **EZB nicht mehr alleine lassen**

112 Seit ihrer Gründung hat sich wiederholt gezeigt, dass die EZB mit den ihr zur  
113 Verfügung stehenden Instrumenten das Inflationsziel nicht für alle Staaten der  
114 Eurozone durchsetzen kann. Ihr Hauptwerkzeug, die Zinspolitik, konnte nach der  
115 Finanzkrise weder die Nachfrage ausreichend stimulieren noch kann es in der  
116 aktuellen Inflation die entscheidenden Problemstellen adressieren. Daher darf  
117 das Verfolgen des *Inflationsziels nicht allein Aufgabe der Geldpolitik* bleiben,  
118 sondern auch die Fiskal- und Ordnungspolitik müssen dieses anstreben. Das  
119 aktuelle wirtschaftspolitische Rahmenwerk steht dem jedoch entgegen: So wird  
120 beispielsweise im Europäischen Semester nur zu hohes, aber nicht zu niedriges  
121 Lohnwachstum als problematisch eingestuft, obwohl zu niedrige Löhne etwa in  
122 Deutschland lange Zeit für zu niedrige Inflationsraten und wachsende  
123 Handelsungleichgewichte gesorgt haben. Stattdessen sollte sich von oben wie von  
124 unten an ein Lohnwachstum gemäß der goldenen Regel angenähert werden  
125 ( $\text{Nominallohnzuwachs} = \text{Produktivitätszuwachs} + \text{Inflationsziel}$ ).

126 Da gegenwärtige Instrumente von Zentralbanken die Ungleichheit verstärken  
127 können, wollen wir als Grüne Jugend der EZB die Möglichkeit geben,  
128 *Direkttransfers an private und öffentliche Haushalte* (Outright Transfers, OT) zu  
129 tätigen. Damit kann die EZB besser die effektive Nachfrage steuern und eine  
130 funktionierende Inflationspolitik auch an der Nullzinsgrenze betreiben. Zudem  
131 könnte dadurch die Durchsetzung von Preisstabilität mit verteilungspolitischen  
132 Zielen verknüpft werden. Dies würde natürlich sowohl die Zustimmung des EZB-Rats  
133 als auch gewählter Parlamentarier erfordern und müsste im Einklang mit den  
134 Inflationszielen stehen. Ein *digitaler Euro* würde die notwendige Infrastruktur  
135

136 für Direkttransfers schaffen und sollte unter anderem deshalb baldmöglichst  
eingeführt werden.

137 Darüber hinaus fordern wir als Grüne Jugend eine *Erweiterung des Primärmandats*  
138 *der EZB* um die Ziele "nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung" und  
139 "Vollbeschäftigung". Zudem sollen ihre Maßnahmen klimafreundlich gestaltet  
140 werden und die Konvergenz der Euro-Mitglieder fördern.

### 141 **Die Eurozone demokratisieren**

142 Europäische Finanzpolitik wird derzeit vor allem von EU-Kommission und  
143 Eurogruppe bestimmt. Beiden Gremien fehlt eine direkte demokratische  
144 Legitimierung und sie bilden die bestehende Meinungsvielfalt nur ungenügend ab.  
145 Stattdessen braucht es eine Stärkung des EU-Parlaments sowie die *Ablösung der*  
146 *intransparenten Eurogruppe durch eine ständige Vertretung aus nationalen*  
147 *Delegierten*. Dieses Organ muss das Einstimmigkeitsprinzip hinter sich lassen und  
148 eine klare vertragliche Grundlage besitzen. Es wird gebraucht, um die  
149 gegenwärtig von Nationalstaaten dominierte Fiskalpolitik europäisch zu  
150 koordinieren und beispielsweise die Einhaltung qualitativer Standards für  
151 nationale Haushaltspolitik auf Grundlage von Expert:innengutachten zu  
152 überprüfen. Zur Stärkung der politischen Legitimität europäischer  
153 Wirtschaftspolitik muss zudem der *Austausch zwischen EZB und EU-Parlament*  
154 *gestärkt* werden, etwa indem bei den vierteljährlichen Aussprachen die für das  
155 Sekundärmandat der EZB relevanten wirtschaftspolitischen Ziele konkretisiert  
156 werden und die vergangene Geldpolitik daran evaluiert wird.

### 157 **Fazit**

158 Um aktuelle Herausforderungen effektiv zu bewältigen, die sozialökologische  
159 Transformation zu beschleunigen und Europa zu stärken, muss das Rahmenwerk der  
160 Eurozone grundlegend reformiert werden. Daher fordern wir als Grüne Jugend  
161 insbesondere:

- 162 • einen starken europäischen Haushalt mit gemeinsamer Verschuldung
- 163 • eine Reform der europäischen Fiskalregeln, v. a. durch qualitative  
164 Standards
- 165 • eine Erweiterung des EZB-Mandats und Direkttransfers als neues  
166 geldpolitisches Instrument
- 167 • Preisstabilität auch zur Aufgabe von Fiskal- und Ordnungspolitik zu machen
- 168 • eine transparente und demokratische Reform der politischen

169

### Entscheidungsprozesse

170 Die Zeichen für eine Reform und Weiterentwicklung der Eurozone und der  
171 restlichen Union stehen gut, denn die Zustimmungswerte zum Euro sind in allen  
172 Ländern gegenwärtig so hoch wie lange nicht. Die große Mehrheit der Bürger:innen  
173 wünscht sich mehr europäische Zusammenarbeit für ein starkes, nachhaltiges,  
174 soziales und demokratisches Europa. Mit ihrer Unterstützung muss Deutschland  
175 seine Blockadehaltung aufgeben und stattdessen gemeinsam mit den anderen EU-  
176 Staaten den Prozess starten, das wirtschaftspolitische Fundament Europas zu  
177 reformieren und eine stabile Architektur für die Zukunft schaffen. Die Zeit  
178 drängt.